

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik
11011 Berlin

Dresden, 15.04.2008

Sehr geehrte Damen und Herren!

Drei Nullrunden, die minimale Rentenerhöhung 2007 (0,6%) und die jetzt von der Regierung beschlossene Erhöhung der Renten für ganz Deutschland um 1,1% berücksichtigen in keiner Weise die finanzielle Lage der Rentner durch die laufende Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Die Mitglieder des Ortsverbandes Dresden der GBM appellieren am Sie, auch im Interesse der Rentner der neuen Bundesländer, sich dafür einzusetzen, dass
die aufgrund des Nachhaltigkeitsgesetzes permanente Reduzierung des Realwertes der Renten beseitigt wird und
die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West nach einem Stufenplan auf den Weg gebracht wird.

Ohne Veränderung des § 255a SGB VI würde nach den Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung Halle (DIW) nicht einmal bis zur Jahrhundertwende die vollständige Angleichung der Rentenwerte erreicht.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat dazu mit dem Antrag vom 19. Oktober 2007 (BTDr.16/6734) einen Stufenplan der Anpassung eingebracht. Ein ähnlicher Vorschlag liegt von der Gewerkschaft vor.

Beide stellen ein realistisches Programm zur Überwindung der unterschiedlichen Rentenwerte dar.

Gleichzeitig protestieren wir gegen diskriminierende Äußerungen von Politikern gegenüber der älteren Generation, wie sie besonders in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der geplanten Rentenanpassung erfolgte.

Im Auftrag der Mitgliederversammlung

Günter Kretschmer
Vorsitzender des Sprecherrates
Zöllnerstr.1, 01307 Dresden